

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom 15. Oktober 2020 betreffend Maßnahmen zur umgehenden Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission für die Aufklärung des Behördenversagens im Kriminalfall der Commerzialbank

Viele Experten gehen im Kriminalfall Commerzialbank von einem "multiplen Behördenversagen" auf Seiten des Bundes aus. Aber weder die Finanzmarktaufsicht (FMA) noch die Österreichische Nationalbank (OeNB), aber auch allen anderen ermittelnden und involvierten Bundesbehörden sehen keinerlei Verschulden. Viele Rechtsanwaltskanzleien sind hier jedoch anderer Meinung und bereiten Sammelklagen gegen den Bund vor bzw. haben teilweise schon Klagen eingebracht.

Von 2002 bis 2015 gab es 13 Jahre keine "Vor-Ort-Prüfung" der Commerzialbank durch die Bankenaufsicht, wobei die FMA als Aufsichtsbehörde und die OeNB als Prüf- und Analyse-Stelle fungieren sollten. Bereits 2015 gab es handfeste Hinweise durch eine Sachverhaltsdarstellung auf die Malversationen und seit dem Jahr 2000 soll die Bank laut Herrn Pucher insolvent gewesen sein. 2018 wurde der Co-Aufsichtsrat der Bank wegen des Verdachtes auf Abgabenhinterziehung von der Steuerfahndung bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt angezeigt, wo bereits von "Rechnungen an fiktive Personen" die Rede gewesen sein soll. Es hat dann noch mehr als zwei Jahre gedauert bis die Bank geschlossen wurde und viele Menschen ihr Geld verloren haben. Das hätte verhindert werden können. Weder Bundeskanzler, noch Vizekanzler oder der für die Bankenaufsicht zuständige Finanzminister haben sich bis dato ausführlich zum Kriminalfall Commerzialbank geäußert bzw. eine volle Aufklärung dieser Causa.

Der Kriminalfall rund um die Commerzialbank Mattersburg hat einen massiven Schaden angerichtet. Nicht nur für zahlreiche Anlegerinnen und Anleger, sondern auch für das Vertrauen in das Bankensystem der Österreicherinnen und Österreicher. Um dieses Vertrauen wieder herzustellen und um Klarheit – nicht zuletzt mit Blick auf die Frage der Involvierung der Politik – zu schaffen, wie es zu einem derartigen Skandal und Versagen kommen konnte, muss umgehende eine unabhängige Untersuchungskommission seitens des Bundes eingesetzt werden. Diese soll, nach dem Vorbild der Kommission zu den Vorgängen rund um die Hypo Alpe Adria Bank, rasch für eine volle Aufklärung sorgen.

Daher muss so schnell wie möglich eine unabhängige Sonderkommission mit Experten aus den unterschiedlichen Bereichen eingerichtet werden. Eine Sonderkommission, die alles schonungslos aufdeckt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge zur vollen Aufklärung des Kriminalfalles der Commerzialbank umgehend eine unabhängige Untersuchungskommission einsetzen.